

**NDR Info Podcast**

**13.03.2021 /19.35-20.00 Uhr**

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

**14.03.2021 /12.35-13.00 Uhr**

Joachim Hagen/Julia Weigelt

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Themen:**

- Haenel wehrt sich - der Streit um die Beschaffung des neuen Sturmgewehrs
- SCHWERPUNKT  
Vor 10 Jahren wurde die Wehrpflicht ausgesetzt - war die Entscheidung ein Fehler?
- SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN
  - US-Regierung schränkt Einsatz von Kampfdrohnen ein
  - Scheinerfolg für die Bundeswehr - Vergabeverfahren für neuen, schweren Transporthubschrauber darf gestoppt werden

**Abschrift Schwerpunkt**

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Hagen:

Willkommen zu einer neuen Folge unseres Podcasts. Mein Name ist Joachim Hagen. Andreas Flocken ist im Urlaub. Im Studio ist außerdem meine Kollegin Julia Weigelt. Hallo, Julia.

Weigelt:

Moin, Moin.

Hagen:

Wie üblich wollen wir uns mit einem Thema etwas intensiver beschäftigen und das ist die Aussetzung der Wehrpflicht vor zehn Jahren. Genauer gesagt: Am 24. März. 2011 beschlossen die Abgeordneten des Bundestages, die Wehrpflicht und damit auch den Zivildienst auszusetzen - im Juli 2011 trat das Gesetz in Kraft. Die Aussetzung der Wehrpflicht war Teil der Streitkräfte reform, mit der die Bundeswehr von damals rund 255.000 auf 185.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinert werden sollte. Julia, du hast dich mit dem Thema beschäf-

tigt. Die Wehrpflicht wurde vor zehn Jahren keineswegs abgeschafft, sondern ausgesetzt. Das heißt, sie könnte also jederzeit wieder eingeführt werden?

Weigelt:

Ja, wenn nötig, und zwar im sogenannten Spannungs- oder Verteidigungsfall. So hat der Bundestag das Wehrpflichtgesetz abgeändert. Und um die Wehrpflicht geht es auch in Artikel 12a des Grundgesetzes. Da steht „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden“. Und dieser Grundgesetzartikel bleibt auch bestehen. Das war auch dem damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg von der CSU wichtig, wie er in einer Bundestagsdebatte im Februar 2011 gesagt hat:

O-Ton Guttenberg:

„Ich halte das weiterhin auch für geboten und richtig, dass wir, meine Damen und Herren, weiterhin auch die verfassungsrechtliche Grundlage zur Wehrpflicht uns erhalten und uns auch erhalten haben. Ich glaube, es war eine richtige und eine kluge Entscheidung mit Blick auf Szenarien, die wir heute sicher noch nicht ganz absehen können.“

Hagen:

Und dazu muss man sagen, solche Szenarien, die man sich damals noch nicht vorstellen konnte, sind inzwischen vielleicht näher gerückt. Russland ist für die NATO kein Partner mehr. Seit der Annexion der Krim durch Russland ist zudem wieder die Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund gerückt, Auslandseinsätze sind mittlerweile nicht mehr die Hauptaufgabe der Bundeswehr und die Bundeswehr soll wieder größer werden. Und manche bedauern deshalb die Aussetzung der Wehrpflicht. Nachher sprechen wir auch darüber, ob eine Wiedereinführung der Wehrpflicht realistisch ist - zunächst aber zur Aussetzung der Wehrpflicht. Das war ein schleichender Prozess.

Weigelt:

Ja, stimmt. Nach der Wiedervereinigung 1990 ging die Bundesregierung erst einmal davon aus, wir brauchen gar keine so große Bundeswehr mehr...

Hagen:

Naja, Deutschland musste ja auch die Bundeswehr nach der Vereinigung reduzieren, denn im 2+4-Vertrag wurde die Obergrenze der Bundeswehr auf maximal 370.000 Soldaten festgelegt. Noch einmal zur Erinnerung: der 2+4-Vertrag, das ist die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik, der DDR und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vom September 1990. Und dieser Vertrag hat ja den Weg erst freigemacht für die deutsche Einheit...

Weigelt:

Danke für die Ergänzung, das stimmt auf jeden Fall. Wenn wir noch einmal zurückgehen zu den Zahlen: 1989 gab es auf jeden Fall noch 510.000 Soldatinnen und Soldaten, so steht es auf der Homepage des Verteidigungsministeriums. Dann haben sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auf jeden Fall grundlegend verändert: das Ende des Ost-West-Konfliktes, der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst. Deutschland und die NATO hatte ihren jahrzehntelangen Feind verloren, war sozusagen von Freunden umzingelt und damit fiel auch das Argument für die Wehrpflicht weg. Und das hat auch schon 1995 der damalige Bundespräsident Roman Herzog gesagt auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in München:

Zitat:

„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges, ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze verwendet werden. Aber sie werden im Gespräch mit dem Bürger nie die alleinige Basis für Konsens sein können.“

Wer sich jetzt fragt: Roman Herzog, den hatte ich aber anders in Erinnerung - das ist ein Zitat, das haben wir nachsprechen lassen von einem Sprecher. Wenn wir auf den Inhalt zurückkommen: Danach hätte die Wehrpflicht bereits nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation fallen müssen.

Hagen:

Das war dann aber nicht so - das hat noch 20 Jahre gedauert.

Weigelt:

Ja, und obwohl das noch so lange gedauert hat, war das trotzdem das Hauptargument der Union, warum sie nach diesem langen Ringen dann doch für die Aussetzung stimmte. Sagt heute auch Henning Otte - das ist der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

O-Ton Otte:

„Und wir brauchen nicht mehr die schnelle Präsenzarmee wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges an den Grenzen, sondern wir sind heute Teil eines Bündnisses mit Einsatzgebieten außerhalb unserer Landesgrenzen. Und dies war weiterhin ein Indiz dafür, dass es auch eines Tages vom Bundesverfassungsgericht hätte gekippt werden können. Und da war es politischer Gestaltungsanspruch, hier die Fäden in der Hand zu behalten.“

Hagen:

Na ja, das ist schon ein bisschen schräg, dass ausgerechnet die CDU/CSU für die Aussetzung gesorgt hat. Das müssen heiße Debatten in der Fraktion gewesen sein, kann ich mir vorstellen. Denn die Wehrpflicht war ja so was, sagen wir mal, wie die heilige Kuh bei der Union, während sie bei den Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen damals besonders kritisch gesehen wurde.

Weigelt:

Ja, und das habe ich auch im Gespräch mit Henning Otte gemerkt. Für ihn war das auch sehr schwierig. Das war echt eine schmerzhafteste Erinnerung für ihn.

O-Ton Otte:

„Ich selbst war auch ein Anhänger der Wehrpflicht, weil es für die Persönlichkeit auch eines jeden Einzelnen von Vorteil war und eine Bedeutung hatte. Außerdem hatten wir dadurch natürlich eine gute Durchmischung. Aber nochmals: Der Auftrag der Bundeswehr ist nicht, die Schule der Nation zu sein oder Defizite aufzufangen nach dem Motto ‚dieser Dienst hat noch keinem geschadet‘, sondern es ging darum, einen sicherheitspolitischen Auftrag zu erfüllen.“

Hagen:

Aber den gab es doch damals gar nicht mehr nach dem Mauerfall. Damals wurde aber zunächst einmal die Bundeswehr verkleinert.

Weigelt:

Genau, und zwar Stück für Stück. Dann, 2010, gab es nur noch 240.000 Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr. Das Ziel war, in dem Jahr die Streitkräfte auf 185.000 zu verkleinern, der Fokus lag auf der neuen Aufgabe Auslandseinsätze etwa im Kosovo oder in Afghanistan. Dafür sollte die Truppe professioneller werden, mehr erfahrene Soldatinnen und Soldaten haben. Und die Argumentation des damaligen Verteidigungsministers war:

O-Ton Guttenberg:

„Bei einem geringeren Gesamtumfang der Streitkräfte würde die Ausbildung und Betreuung von Grundwehrdienstleistenden zu viele Berufs- und Zeitsoldaten bindend.“

Und zwischen 20.000 und 30.000 Ausbilderinnen und Ausbilder für Wehrdienstleistende hat es damals gegeben. Außerdem noch ein Argument war: es sollte, wie so oft, Geld gespart werden. Die Bundeswehr musste damals jährlich eine Milliarde Euro einsparen und zu Guttenberg hat 2010 dafür eine sogenannte „Bundeswehr-Strukturkommission“ eingesetzt. Und die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Teil von deren Empfehlungen.

Hagen:

Aber die Wehrpflicht stand ja bereits während des Kalten Krieges unter Druck, denn die Dauer des Wehrdienstes wurde nach und nach reduziert. Blicken wir mal zurück - lange Zeit mussten die jungen Männer 18 Monate zum Bund, aber das war dann später eben nicht mehr so.

Weigelt:

Ja, die Dienstzeit des Wehrdienstes ist immer mehr reduziert worden, von 18 Monaten in den Sechzigern, Anfang der Siebziger, dann auf 15 Monate, dann auf zwölf, zehn, neun und am Ende, dann kurz vor der Aussetzung der Wehr-

pflicht, auf sechs Monate. Der Zivildienst ging allerdings meistens länger und die letzten Jahre vor Ende des Kalten Kriegs sogar fünf Monate länger.

Hagen:

Aber warum eigentlich? Was war denn die Begründung dafür?

Weigelt:

Eine Begründung war, dass Wehrdienstleistende später noch Reserveübungen machen würden, also insgesamt mehr als die reine Wehrdienstzeit bei der Truppe seien, das haben aber auch längst nicht alle gemacht. Deswegen sagen Kritiker auch, dieser lange Zivildienst, das war de facto eher eine Abschreckung und sollte junge Männer davon abhalten zu verweigern.

Hagen:

Noch einmal zurück zur Wehrdienstdauer: Warum wurde denn die Wehrdienstdauer während des Kalten Krieges - und auch noch danach - immer weiter reduziert?

Weigelt:

Das hat damit zu tun, dass in manchen Jahren besonders viele Kinder zur Welt kamen und es konnten gar nicht mehr alle eingezogen werden. Deswegen gab es praktisch keine Wehrgerechtigkeit mehr. Am Ende wurden nur noch 13 Prozent eines Jahrgangs in die Bundeswehr einberufen und die Hälfte der jungen Männer leistete weder Zivil- noch Wehrdienst.

Hagen:

Also es gab praktisch keine Wehrgerechtigkeit mehr - das hast du eben erzählt, weil nicht mehr alle tauglich gemusterten jungen Männer eingezogen werden konnten. Dabei hat es doch immer geheißen, die Bundeswehr sei eine „Wehrpflicht-Armee“. Wie groß war denn der Anteil der Wehrpflichtigen am Gesamtumfang der Bundeswehr?

Weigelt:

Wenn wir uns noch einmal den Gesamtumfang anschauen: 2009 waren das 250.000 Männer und Frauen und davon waren 68.000 Grundwehrdienstleistende. Also die Bundeswehr war schon längst keine „Wehrpflicht-Armee“ mehr, die Wehrpflichtigen waren klar in der Minderheit. Und gleichzeitig muss man sagen, die Bundeswehr war mit der Wehrpflicht auch wirklich eher ein Exot in der NATO. Fast alle anderen Bündnispartner hatten die Wehrpflicht schon längst abgeschafft - die USA nach dem Vietnamkrieg - weil viele Staaten sagten, „wir wollen lieber Soldatinnen und Soldaten, die gut und lange ausgebildet sind“.

Hagen:

Und dann kam auch die Phase, da kippte dann die Situation. Die Wehrpflicht führte dazu, dass es mehr Zivildienstleistende gab als Wehrdienstleistende bei der Bundeswehr. Das ist doch so etwas wie verkehrte Welt, oder?

Weigelt:

Ja, 2009 waren, wie gesagt, 68.000 Wehrdienstleistende bei der Bundeswehr. Dem gegenüber standen 90.000 Zivis und viele tauglich gemusterte junge Männer wurden gar nicht eingezogen. Die haben weder Wehrdienst noch Zivildienst gemacht.

Hagen:

Aber mussten denn tauglich gemusterte junge Männer nicht damit rechnen, dann irgendwann doch später eingezogen zu werden?

Weigelt:

Ja, bis zum Alter von 23, früher war das mal 25. Aber die wurden in der Regel auch nicht aus der Ausbildung oder aus dem Studium herausgezogen.

Hagen:

2011 sorgte dann die CDU/CSU für die Aussetzung. Die Gegner der Wehrpflicht dürften sich damals regelrecht gefreut haben. Allerdings endgültig abge-

schafft wurde die Wehrpflicht ja nicht, sie wurde nur ausgesetzt. Das heißt, sie könnte vom Bundestag wieder in Kraft gesetzt werden, oder?

Weigelt:

Richtig, das war auch Kritik von Wehrpflichtgegnern sowie Peter Tobiassen. Das ist der ehemalige Leiter der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Die haben Beratung für Kriegsdienstverweigerer gemacht und Lobbyarbeit für deren Rechte und sie haben sich auch für die Abschaffung der Wehrpflicht eingesetzt. Diese Zentralstelle hatte 26 Mitgliedsorganisationen wie Gewerkschaften, Kirche, SPD, Grüne waren dabei. Sie hat sich dann 2014 aufgelöst. Tobiassen wollte allerdings die Abschaffung statt der Aussetzung der Wehrpflicht. Er war aber dann froh, weil er sich auch an die vielen harten Kämpfe und auch die Verzweiflung vieler Verweigerer erinnert hat. Denn bis in die 1980er Jahre war es gar nicht so leicht, zu verweigern. Es gab nämlich eine sogenannte „mündliche Gewissensprüfung“ vor einem Ausschuss - und da haben auch viele erst einmal eine Absage kassiert. Auch Peter Tobiassen selbst bei seiner Verweigerung. Und er erinnert sich an die Siebziger, als er dann vor vier alten Männern in Uniform stand:

O-Ton Tobiassen:

„Die hatten alle Kriegserfahrungen. Die waren fast alle in der Nazi-Wehrmacht. Die hatten alle diesen Zweiten Weltkrieg miterlebt und mussten verarbeiten, dass das, was sie dort gemacht hatten nun wirklich falsch war. Und dann kamen da diese achtzehnjährigen Schnösel, die sagten: Das kann man aber mit seinem Gewissen überhaupt nicht vereinbaren. Das war sozusagen die größte Hürde, die dort aufgebaut wurde. Man stellte deren Lebensleistung in Frage und sollte sie dann noch überzeugen gegen den Mainstream der Politik.“

Mainstream der Politik, damit meint er den Kalten Krieg und die Angst davor, von russischen Panzerverbänden überrollt zu werden. Und ob jemand diese Gewissensprüfung bestand oder nicht, das war reine Willkür, sagt Peter Tobiassen. Auch bei ihm in der ersten Anhörung wurde er nicht zugelassen, bei der zweiten dann schon mit derselben Begründung. Also Tobiassen sagt, Gewissen ist nicht prüfbar.



Hagen:

Aber 1984, wenn wir mal zurückblicken, wurde die mündliche Gewissensprüfung abgeschafft. Man brauchte die Ablehnung nur noch schriftlich zu begründen. Und mit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 mussten auch keine Anträge auf Kriegsdienstverweigerung mehr gestellt werden.

Also die Unionsparteien haben mit der FDP die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 auf den Weg gebracht. Wie haben sich denn die Oppositionsparteien zur Aussetzung gestellt? Insbesondere in der SPD wurde doch ebenfalls darüber immer wieder gestritten. Und Peter Struck hatte als Verteidigungsminister ja wirklich einen schweren Stand. Nicht nur die Jusos machten ziemlich Rabatz...

Weigelt:

Ja, so war das. Am 24. März 2011 wurde dann das Wehrrechtsänderungsgesetz und damit die Aussetzung der Wehrpflicht vom Bundestag beschlossen - mit den Stimmen der damaligen schwarz-gelben Koalition und auch mit den Stimmen der Grünen-Fraktion. Die SPD- und Linksfraktion haben damals gegen den Gesetzentwurf der Regierung gestimmt. Die Linken wollten die Wehrpflicht lieber ganz abschaffen und die SPD kritisierte, dass eine Reform, die angeblich nur Sparen zum Ziel habe, der Bundeswehr schade.

Hagen:

Wir haben eben festgestellt, dass es zuletzt mehr Zivildienstleistende als Wehrpflichtige bei der Bundeswehr gab. Die allgemeine Wehrpflicht wurde damit auf den Kopf gestellt. Die Aussetzung der Wehrpflicht vor zehn Jahren bedeutete aber auch das Ende des Zivildienstes. Dabei waren die Zivis ja bereits längst eine feste Größe in Krankenhäusern und auch in vielen Pflegeheimen oder anderen sozialen Einrichtungen. Bei den Wohlfahrtsverbänden ging damals die Angst um, denn Zivildienstleistende waren ja billige Arbeitskräfte. Wie viele Zivildienstleistende gab es denn zuletzt und wo waren sie überall tätig?

Weigelt:

Zuletzt gab es noch 78.000 Zivildienstleistende. Und die arbeiteten unter anderem in der Altenpflege, in der Behindertenhilfe auch teilweise in Krankenhäu-

sern, Wohnungslosenhilfe, und haben unter anderem Suchtkranken und psychisch Kranken betreut.

Hagen:

Und wie sind die Wohlfahrtsverbände und Kirchen mit dem Ende des Zivildienstes umgegangen? Das ging denen doch wahrscheinlich gegen den Strich, weil sich auf einmal Lücken auftaten, oder?

Weigelt:

Ja, darüber habe ich mich auch mit Rainer Hub unterhalten. Er ist bei der Diakonie für Freiwilligendienste zuständig, früher war er auch für die Zivis zuständig. Die Diakonie in Deutschland ist in Landesverbände aufgeteilt und Rainer Hub blickt auch ziemlich selbstkritisch auf diese Zeit zurück:

O-Ton Hub

„Damals, zu Zeiten der Aussetzung, waren nicht alle Landesverbände so gut aufgestellt, dass sie sich das alles schon in Ruhe durch überlegt hatten und auch so eingeschätzt haben und bei den Einsatzstellen, den Einrichtungen gesagt haben, ‚wer bis zum jüngsten Tag mit Zivis plant, der macht von seiner Organisationsentwicklung einen Fehler‘. Natürlich haben wir Fehler gemacht.“

Weigelt:

Und die Sorge von manchen war, ohne die Zivis bricht dann alles zusammen. Aber Rainer Hub erinnert sich:

O-Ton Hub:

„Es ist erst einmal gar nichts zusammengebrochen und kritisch war es nur in zwei Bereichen: Das eine war bei uns in der Diakonie, in den Werkstätten für Behinderte. Dass da plötzlich junge Männer mit guten handwerklichen Kenntnissen oder sogar Ausbildungen über Nacht nicht mehr gekommen sind, hat erstmal zu einer gewaltigen Lücke geführt. Und das andere waren die Fahrdienste. Das hat jetzt bei uns die Johanniter getroffen, die Malteser und am meisten natürlich das Rote Kreuz, sodass plötzlich die Beifahrer für diese ganze Fahrzeugkolonne, die morgens auf dem Hof stand, nicht mehr gekommen sind. Alles andere hatten wir relativ gut kompensieren können. Und das Thema mit der Altenhilfe, das war schon immer sozusagen nur ein Gerücht ‚da bricht irgendwas zusammen‘, denn die Altenhilfe war für die jungen Männer traditionell das unattraktivste Einsatzgebiet. Ergo waren da die wenigsten, und ganz viele Stellen waren auch schon vor der Aussetzung traditionell nicht besetzt.“

Hagen:

Also, wenn wir das mal zusammenfassen wollen: es ist erstmal nichts zusammengebrochen bei den Wohlfahrtsverbänden, auch weil es statt der Zivis dann die Bundesfreiwilligendienst-Leistenden - das waren damals die „Bufdis“ - gab und auch das Freiwillige Soziale Jahr, FSJ, ging weiter.

Weigelt:

Genau, eine kurze Zusammenfassung: Heute gibt es knapp 40.000 Bufdis und rund 52.000 FSJler. Allerdings gibt es nur rund 8.000 Freiwillig Wehrdienstleistende - damit ist nur die Hälfte der eingeplanten Stellen besetzt. Und das zeigt auch, dass der freiwillige Wehrdienst nicht wirklich gut angenommen wird.

Hagen:

Nun hat sich die sicherheitspolitische Lage seit der Aussetzung der Wehrpflicht geändert. Wir haben die Krim-Annexion zu Beginn schon erwähnt. Die Landesverteidigung wird wichtiger, deswegen flammt die Debatte über die Reaktivierung der Wehrpflichtigen immer wieder auf. Wie realistisch ist das denn?

Weigelt:

Es gibt zwei Initiativen, die in dieser Richtung spannend sind. Die Wehrpflicht sollte ja einerseits für viele aktive Soldaten sorgen, aber auch der Reserve Nachwuchs bringen, also ehemalige Soldatinnen und Soldaten, die sich mit regelmäßigen Reserveübungen fit halten und dann im Krisenfall schnell wieder reaktiviert werden können. Und um mehr Reservistinnen und Reservisten zu bekommen, hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU ein sogenanntes „Deutschland-Jahr“ konzipieren lassen. Das sieht so aus: sieben Monate aktive Dienstzeit, plus fünf Monate lang Reserveübungen, verteilt über sechs Jahre. Ab April starten da die ersten Freiwilligen. Und zweitens: es gibt ein sogenanntes neues Reservistenkonzept. Wichtigster Punkt daraus: ab Oktober werden ausscheidende Soldatinnen und Soldaten alle automatisch noch weitere sechs Jahre auf passende Reserve-Dienstposten eingeplant und zu Übungen eingeladen. Aber die Teilnahme bleibt freiwillig und würde erst im Krisenfall verpflichtend.

Hagen:

Aber da geht es ja immer um freiwilligen Wehrdienst, also keine Pflicht. Das klingt nun nicht unbedingt nach Reaktivierung der Wehrpflicht...

Weigelt:

Ja, weil die oben genannten Gründe für die Aussetzung bleiben. Und die Bundeswehr wäre auch gar nicht vorbereitet für eine Wehrpflicht. Das sagt auch Siemtje Möller. Das ist die verteidigungspolitische Sprecherin der SPD.

O-Ton Möller:

„Die Gründe sind, dass wir die Bundeswehr massiv damit überfordern würden, wenn wir die Wehrpflicht wieder einführen. Weil sie keine Unterbringung, keine Ausbildungskapazitäten hat, und auch im Prinzip keine Einsatzszenarien - wo soll man die Wehrdienstpflichtigen einsetzen, wenn wir hauptsächlich von einer Einsatzarmee sprechen?“

Und Wehrpflichtige wurden ja auch gar nicht in Auslandseinsätze geschickt, als es noch die Wehrpflichtigen gab. Dabei kennt Möller auch die Stimmen aus der Truppe, die der Wehrpflicht wirklich hinterhertrauern.

O-Ton Möller:

„Wenn ich da heute als Fachpolitikerin drauf blicke, sehe ich schon die Personalnöte der Bundeswehr und weiß, dass sie sich wünschen, dass eben auch wieder ein gewisser Zuwachs durch die Wehrpflicht entstehen könnte. Weil es einfach wie so ein Läusekamm ist - dann bleibt halt auch was hängen. Und das ist das Personal, was ihnen heute händeringend fehlt.“

Aber sie sagt eben auch, die Bundeswehr darf sich nicht wünschen, was sein könnte, sondern muss mit dem arbeiten, was man bekommt.

Hagen:

Also, Absage von der SPD. Dabei hatte die Wehrbeauftragte Eva Högl von der SPD im Juli 2020 die Aussetzung der Wehrpflicht einen „Riesenfehler“ genannt, im Hinblick auf die rechtsextremistischen Vorfälle beim Kommando Spezialkräfte.

Weigelt:

Ja, darüber habe ich auch mit Henning Otte von der CDU gesprochen. Er hat die Augenbrauen so ein bisschen hochgezogen und hat gesagt „nicht der Wehrpflichtige hat die Aufgabe, die Bundeswehr vor Extremismus zu schützen, sondern der Vorgesetzte und das Bundesverteidigungsministerium“ - und das klingt schon ziemlich stimmig für mich.

Hagen:

Und wie sieht es bei den anderen Fraktionen des Bundestages aus?

Weigelt:

Grüne, FDP und Linke sind auch gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht. Nur die AfD will sie wieder haben.

Hagen:

Außer einer Wehrpflicht steht auch eine Dienstpflicht für alle Männer und Frauen zur Debatte. Das wäre doch dann auf einem anderen Wege in einem gewissen Sinn eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Weil den jungen Leuten freigestellt werden soll, wo sie diese Dienstpflicht ableisten. Wie sind da die Positionen?

Weigelt:

Da kommen schon Sympathie vor allem von der CDU. Trotzdem schließt Henning Otte die Dienstpflicht aus und er ist sich da auch einig mit Siemtje Möller von der SPD. Sie wollen beide mehr Anreize für Freiwillige schaffen. Der Freiwilligendienst könnte zum Beispiel als Wartesemester für einen Studienplatz anrechenbar sein, oder es könnte ein Viertel-Rentenpunkt mehr geben oder eine Monatskarte für den Nahverkehr. Und dann sind da noch die Kosten. Wenn wir noch einmal auf die Zahlen gucken. 2019 wurden knapp 800.000 Kinder in Deutschland geboren. Eine Dienstpflicht für alle wäre viel zu teuer, sagt auch Rainer Hub von der Diakonie und erinnert an Pläne von der SPD-Familienministerin Franziska Giffey zum freiwilligen Dienst.

O-Tun Hub:

„Diese Weiterentwicklung würde ungefähr eine Milliarde statt im Moment 500.000 bis 600.000 Euro kosten. Schon das ist so viel Geld und so viel zu teuer, dass der Finanzminister der gleichen Partei, in der gleichen Regierung sagt: Schluss, Frau Giffey, das Geld haben wir nicht.“

Weigelt:

Hub ist also auch gegen die Dienstpflicht und sagt außerdem, das hat mich auch ein bisschen überrascht, wir brauchen gar nicht mehr Stellen für Freiwillige, sondern mehr Geld, um die vielen Freiwilligen, die wir jetzt schon haben, besser ausbilden zu können. Die werden nämlich immer diverser, was Alter, Bildung und Sprachkenntnisse angeht.

Hagen:

Und was sagen die Soldaten? Sind die für oder gegen eine Dienstpflicht beziehungsweise für die Rückkehr zur Wehrpflicht?

Weigelt:

Das habe ich Hauptmann Alexander Rist gefragt. Er ist Ausbilder in der Grundausbildung im Sanitätsregiment Westerwald im rheinland-pfälzischen Rennerod.

O-Ton Rist:

„Ich finde es eigentlich unsinnig, dass sich Leute zu irgendetwas zwingen, was sich nicht unbedingt machen müssen. Und heutzutage, wie gesagt, ich glaube nicht, dass wir in der Bundeswehr Personal brauchen, was nicht zur Bundeswehr will. Und wir versuchen dann mit denen, ich sage jetzt, mal in den Krieg zu ziehen oder irgendwelche Vorbereitungen zu treffen. Da fühle ich mich dann auch nicht sicher, wenn ich weiß, der will eigentlich gar nicht dabei sein, aber mit dem muss ich jetzt irgendetwas machen. Da bin ich eindeutig dagegen.“

Hagen:

Also auch die aktiven Soldaten, das haben wir eben gehört, sind nicht alle für die Reaktivierung der Wehrpflicht. Aber was kann denn eine zwölf- oder neunmonatige Wehrpflicht überhaupt bringen? Moderne Streitkräfte brauchen doch gut ausgebildete Spezialisten. Die Bundeswehr hat moderne Waffensysteme. Was bringt ein Wehrpflichtiger, der zwölf Monate bei der Bundeswehr ist - davon geht noch sein Urlaub ab - und für einen Auslandseinsatz kämen Wehr-

pflichtige ebenfalls nicht in Frage, weil sie nur unzureichend ausgebildet sind. Schließen sich moderne Streitkräfte und Wehrpflicht inzwischen von vornherein aus?

Weigelt:

Ja, da stimme ich zu.

Hagen:

Aber du hältst die Aussetzung der Wehrpflicht weiterhin für richtig, oder? Sie war also kein Fehler?

Weigelt:

Ja, meiner Meinung nach war die Aussetzung einerseits gerecht und auch geboten. Ich sehe allerdings auch, dass die Aussetzung wirklich das Personalproblem der Bundeswehr verschärft. Aber trotzdem ist eine Reaktivierung nicht in Sicht.

Hagen:

Aber würde sie denn überhaupt Sinn machen?

Weigelt:

Das kommt darauf an, was das Ziel ist. Wenn dein Ziel Wehrgerechtigkeit ist, dann nein. Wenn dein Ziel ist, das Personalproblem der Bundeswehr zu entschärfen, ja. Aber dafür finde ich ist so ein großer Eingriff in die Grundrechte nicht gerechtfertigt. Die Bundeswehr muss ihr Personalproblem selbst lösen. Sie muss einfach attraktiver werden, zum Beispiel mit weniger Versetzungen quer durch Deutschland für mehr Familienfreundlichkeit. Und eine Sache ist auch, Dienstposten müssten mal so vergeben werden, dass sie auch besser zur Persönlichkeit der Soldatinnen und Soldaten passen, damit die auch zufriedener im Dienst sind und länger dabeibleiben. Eine Dienstpflicht, die wird schon allein aus Kostengründen nicht kommen.

Hagen:

Soweit die Recherchen von Julia Weigelt. Das vollständige Interview mit Peter Tobiassen, dem damaligen Leiter der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen steht auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/Streitkräfte](http://ndr.de/Streitkräfte).

Und im Podcast von Streitkräfte und Strategien berichten wir außerdem über den Streit um das neue Sturmgewehr der Bundeswehr, warum das Vergabeverfahren für den neuen schweren Transporthubschrauber der Bundeswehr ausgesetzt werden durfte und wir fragen: was bedeuten die neuen Regeln für den Einsatz amerikanischer Kampfdrohnen. Den Podcast können Sie/können Sie ihr abonnieren auf unserer Internetseite [ndr.de/Streitkräfte](http://ndr.de/Streitkräfte) oder in der ARD-Audiothek.

Tschüss sagen Joachim Hagen und Julia Weigelt.